

ministerium, über diesen Antrag denkt, diese Frage nicht politisch, sondern fachlich bewerten und Ihnen als Abgeordneten selbstverständlich eine fachliche Antwort zur Verfügung stellen, wie es unser Job ist. Wenn ein Ausschuss oder eine Fraktion das Ministerium um eine fachliche Bewertung bittet, bekommt dieser Ausschuss oder diese Fraktion eine fachliche Bewertung. Das ist nun einmal die Lage. Sie ist so, wie sie ist. Wir werden uns rein fachlich an dem Thema abarbeiten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch trotz des Hinweises auf die Redezeitüberziehung so.

Dann kommen wir zur direkten Abstimmung, wie von der antragstellenden Fraktion beantragt. Ich darf fragen, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/16903 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD.

(Thorsten Schick [CDU]: Bei Nichtteilnahme! – Weitere Zurufe – Heiterkeit von der CDU und der FDP)

Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD. Der guten Ordnung halber fragen wir natürlich auch, ob es jemanden im Saal gibt, der oder die sich der Stimme enthalten möchte. – Herr Keith zeigt zwar auf; aber das bezog sich, glaube ich, nicht auf eine Enthaltung. Dann stelle ich jedenfalls fest, dass der Antrag Drucksache 17/16903 abgelehnt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zu:

6 Keine weiteren Subventionen für stromfressende Wärmepumpen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16914

Ich darf für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Loose das Wort geben, der auch bereits am Redepult steht. Bitte sehr.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Subventionen funktionieren so gut wie ein Schneeballsystem. Die Ersten, die Geld bekommen, freuen sich riesig, beispielsweise über 6.000 Euro für ein neues E-Auto oder wie hier über 12.000 bis 15.000 Euro für

eine neue Wärmepumpe. Dann kostet die neue Luftwärmepumpe eben nicht mehr 35.000 Euro, sondern nur noch etwas mehr als 20.000 Euro. Also ein tolles Geschenk, denken die Menschen. Alle, die das Geld bekommen, sind zufrieden. Doch keinem fällt auf, dass das Geld ja irgendwoher kommen muss, bis am Ende das Schneeballsystem zusammenbricht.

Nichts anderes als ein neues Schneeballsystem ist die neue Wärmepumpen-Offensive der Bundesregierung. Eine solche Politik ist nicht nachhaltig. Sie ist rein populistisch. Damit schaden Sie alle dem deutschen Volk, meine Damen und Herren.

Die Bundesregierung will mit dem Zwang und den Subventionen die Anzahl der Wärmepumpen bis zum Jahre 2030 auf 6 Millionen erhöhen. Alles sei gut fürs Klima und würde uns von der Abhängigkeit vom russischen Gas befreien – so zumindest die Behauptung vieler Politiker. Doch das ist rundweg falsch. Denn woher kommt eigentlich der Strom für die neuen Wärmepumpen?

Und der Strombedarf ist immens. Wärmepumpen funktionieren nämlich im Grunde wie umgedrehte Kühlschränke. Sie alle wissen, dass Kühlschränke im Haus wahre Stromfresser sind. Zudem ist der Strombedarf gerade im Winter sehr hoch. Schließlich wird ja im Winter geheizt. Bei Temperaturen von minus 7,5 Grad – darauf ist meistens der Bivalenzpunkt der Anlagen ausgelegt – stellen viele Luftwärmepumpen bereits auf den Elektrobetrieb um. Dann werden Elektroheizstäbe zugeschaltet, welche dann eins zu eins als Stromheizung fungieren. Im Elektrobetrieb wird die Leistung der Pumpe häufig heruntergeregelt. Die Wohnung wird dann statt auf 21 Grad nur noch auf 15 bis 17 Grad beheizt. Dann heißt es nicht „Frieren für den Frieden“, sondern „Frieren für die Energiewende“.

Aber woher kommt denn nun der Strom? Schließlich schalten Sie alle die Kernkraftwerke und die Kohlekraftwerke ab. Und die Leistung von Photovoltaikanlagen und Windindustrieanlagen ist gerade in den Wintermonaten extrem schwach. In diesem Fall brauchen Sie also Gaskraftwerke, um den Strom herzustellen, damit die Wärmepumpen betrieben werden können – solche Wärmepumpen, die eingebaut wurden, um uns vom Gas unabhängiger zu machen.

Meine Damen und Herren, vielleicht merken einige von Ihnen da schon den Fehler in Ihrem System. Noch einmal: Sie verbrennen Gas in Gaskraftwerken, um den Strom zu erzeugen, der nachher verbraucht wird, um diese Stromheizungen anzutreiben, die Gasheizungen eigentlich ersetzen sollen, also das Verbrennen von Gas verhindern sollen – und das auch noch mit Stromheizungen bzw. Wärmepumpen, die in der Anschaffung dreimal so teuer sind wie Gasheizungen.

Mit den neuen Stromheizungen bringen Sie auch die örtlichen Stromnetze in Bedrängnis. Denn mit einer

Wärmepumpe verdoppelt sich schnell die Leistungsabnahme eines Haushaltes. Wenn sich viele Bürger tatsächlich für eine Wärmepumpe entscheiden, wird das schnell die Ortsnetztrafos überlasten. Damit sorgen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD bis hin zu FDP, dann für lokale Blackouts.

Und woher wollen Sie eigentlich die ganzen Handwerker nehmen, die diese Heizungen einbauen sollen? Tauschen Sie eine alte Ölheizung durch eine moderne Gasheizung aus, dauert das etwa zwei Tage. Tauschen sie sie jedoch gegen eine Luftwärmepumpe aus, dauert der Einbau mindestens sieben Tage. Sie brauchen draußen ein Fundament; Sie müssen Leitungen hineinlegen. All das dauert viel länger.

Schon jetzt fehlen im Heizungshandwerk 41.000 Handwerker. Sie bräuchten jetzt zusätzliche 60.000 Handwerker, die für den Einbau Ihrer massiv subventionierten Wärmepumpen nötig wären.

Es zeigt sich wieder einmal: Sie haben Ihre Pläne nicht zu Ende gedacht.

Die Bürger brauchen bezahlbare Heizungen, und die Bürger brauchen bezahlbaren Strom. Mit Ihren Subventionen drängen Sie die Bürger ausschließlich in diese überteuerten Wärmepumpen. Wir als Alternative für Deutschland wollen aber, dass die Bürger sich frei entscheiden können. Für Freiheit, Wohlstand und Vernunft! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Dr. Untrieser das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 28 % des deutschen Energieverbrauchs gehen in die Raumwärme. Dazu kommen noch einmal 6 %, die wir fürs Warmwasser brauchen. Daran sieht man, dass das ein großer Batzen ist. Das ist auch ein großer Batzen an unserem Anteil der Treibhausgasemissionen.

Wir haben 42,6 Millionen Heizungen in Deutschland. Jede zweite Wohnung in Deutschland wird mit Gas beheizt. Wir wissen alle in diesen Tagen, dass das nicht so weitergehen kann. Drei Viertel der Wohnungen wurden übrigens vor 1980 errichtet und damit vor der ersten Wärmeschutzverordnung von 1979. Daran sehen wir, dass wir noch große Bausteine vor uns haben, wenn es um warme Häuser und warme Wohnungen, aber auch um unsere Klimaschutzziele geht.

Mittlerweile ist es aber auch so, dass jede zweite Wohnung im Neubau von einer Wärmepumpe betrieben wird. Das geschieht rein wirtschaftlich. Herr

Loose, daher kann das doch nicht so falsch sein, wenn sich mittlerweile jeder Zweite dafür entscheidet, eine Wärmepumpe einzubauen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wärmepumpen sind bei den Heizkosten sogar – das ist in Ihrem Antrag vollkommen falsch dargestellt worden – aktuell günstiger als Gasheizungen. Sie haben vielleicht nicht die Umfrage gesehen, die VERIVOX gerade veröffentlicht hat. Dort geht man davon aus, dass die Heizkosten bei der Wärmepumpe 39 % niedriger sind als bei der Gasheizung.

Wie kommt das zustande? Bei einem Einfamilienhaus mit 20.000 Kilowattstunden zahlen Sie bei den aktuellen Gaspreisen ungefähr 2.600 Euro für Gas. Mit einer Wärmepumpe brauchen Sie nur ungefähr 5.000 Kilowattstunden Wärmestrom. Für den Strom, den Sie dafür beziehen, zahlen Sie – deutschlandweit gemittelt – 1.600 Euro.

Insofern sind Sie gerade bei der Wärmepumpe günstiger als bei der Gasheizung. Natürlich werden die Strompreise noch etwas ansteigen; das ist klar. Aber auch das Gas wird ja teurer.

Heute Morgen hat Ihr Fraktionsvorsitzender gesagt: Na ja, wir haben uns beim Gas in eine zu hohe Abhängigkeit von Russland gebracht. – Dann muss man dieses Argument hier doch auch berücksichtigen. Sie sagen aber: Wir wollen weiter mit Gas heizen. – Denn Sie wollen ja nicht auf die Wärmepumpe gehen. Das ist doch genau die Abhängigkeit von Russland, die wir nicht mehr wollen. Deswegen bieten Sie da überhaupt keine Lösungen.

Wir gehen jetzt auf das Ende der Legislaturperiode zu. Ich habe fünf Jahre von Ihnen keinen vernünftigen Vorschlag gehört. Das war heute auch nur wieder Kritik. Es war keine Lösung. Sie sind gegen Windenergie; Sie sind gegen Photovoltaik; Sie sind gegen Wasserstoff; Sie sind heute gegen Wärmepumpen. Sie sind eigentlich gegen alles. Das Einzige, was Sie wollen, sind Atomenergie und Kohleenergie. Klimaschutzziele sind für Sie auch etwas, was Sie nicht wollen.

Insofern kann ich es kurz machen. Denn es lohnt sich nicht, mehr dazu zu sagen. Wir werden den Antrag selbstverständlich ablehnen.

Ich habe in diesen fünf Jahren von Ihnen wenig mitgenommen und wenig gelernt. Es war schade um die Zeit.

Ich möchte mit einem Zitat enden, das ganz gut passt, weil wir jetzt, wie gesagt, die Legislaturperiode beenden und den Vorhang schließen. Es ist das schöne Zitat von Bertolt Brecht:

„Wir stehn selbst enttäuscht und sehen betroffen
Den Vorhang zu und alle Fragen offen.“

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Untrieser. – Es ist Ihnen angezeigt worden, dass es eine angemeldete Kurzintervention von Herrn Abgeordneten Loose gibt, der jetzt das Wort für 90 Sekunden Kurzintervention hat.

Christian Loose (AfD): Frau Präsidentin! Herr Untrieser, Sie haben mal wieder gezeigt, dass bei der CDU der Strom aus der Steckdose kommt. Denn Sie haben sich darüber beschwert, dass ich gesagt hätte, die Leute sollten doch bei Gasheizungen bleiben. Dabei sollen sie nicht mehr mit Gas heizen; das sei jetzt ganz böse; man sei dann von dem russischen Gas abhängig.

Herr Untrieser, Sie haben aber nicht gesagt, woher Sie den Strom nehmen wollen. Da Sie alle Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke abschalten wollen, bleibt ja nur noch die Stromerzeugung mit Gas, was dazu führt, dass es eins zu eins durchgeht.

Wenn Sie im Winter einen Faktor bzw. eine Arbeitszahl von drei zu eins haben, bedeutet das, dass Sie aus 1 Kilowattstunde Strom am Ende, wenn Sie aus der Umgebungstemperatur auch noch Energie ziehen, 3 Kilowattstunden Heizenergie erzeugen. Bei aktuell 33 Cent pro Kilowattstunde macht das also einen Preis von 11 Cent pro Kilowattstunde, die Sie zum Heizen brauchen.

Wenn Sie hingegen Gas direkt verfeuern, haben Sie einen Wirkungsgrad von eins zu eins. Gas kostet im Einkauf 8 Cent. Jetzt steigen natürlich ... Ja, Sie verstehen es nicht. Wenn Sie etwas verbrennen und als Wärme nutzen, haben Sie einen Wirkungsgrad von nahezu 100 %; denn die Wärme verbleibt ja im Gebäude, Herr Kollege. Das ist für Sie vielleicht ein wenig unschlüssig. Aber so ist nun einmal der Fakt. Sie können einen kleinen Teil natürlich als Wärme im Keller verlieren, aber immer noch nutzen.

Herr Untrieser, bei Ihnen kommt der Strom aus der Steckdose. Sie sagen nicht, woher Sie den Strom für die Wärmepumpen holen wollen. Das zeigt, dass Sie den Plan wieder mal nicht zu Ende gedacht haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Herr Dr. Untrieser, Sie haben jetzt die Möglichkeit, 90 Sekunden zu erwidern.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Loose, Sie haben hier noch einmal dargelegt, dass Sie weiter Gas aus Russland

beziehen wollen. Das war in dieser Deutlichkeit vorher noch nicht der Fall.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das ist sehr interessant. Wenn es nicht aus Russland kommt, dann sagen Sie doch einmal, woher es sonst kommen soll und zu welchen Preisen es kommen soll.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wenn Sie fragen, woher der Strom kommen soll, haben Sie anscheinend auch die letzten fünf Jahre nicht zugehört – mir zumindest nicht. Denn wir haben hier in vielen Debatten ganz klar gesagt, dass wir die erneuerbaren Energien stark ausbauen wollen. Wir haben sehr ambitionierte Ziele: Windenergie verdoppeln bis 2030, Photovoltaik verdrei- bis vervierfachen.

Zum Wind: Das haben Sie vorhin in der Rede hier im Plenum auch wieder falsch gesagt. Natürlich haben Sie im Winter sehr viel Wind – Sonne vielleicht nicht so viel; aber Wind ist natürlich im Winter verfügbar.

Sie haben immer die gleiche Leier. Sie haben keine Antworten auf die Fragen der Zeit. Sie weisen uns nicht den Weg in die Zukunft. Deswegen hoffe ich, dass die AfD mit ihren Debatten im nächsten Landtag nicht mehr vertreten sein wird. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Dr. Untrieser. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Baran das Wort.

Volkan Baran (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kein Schritt nach vorne, sondern weiter in die Vergangenheit – so kann man den Antrag der AfD heute mal wieder zusammenfassen. Dass die AfD sich zu besorgten Verteidigern der kleinen Leute macht, um zu versuchen, die Energiesparpläne des Bundes und des Landes bloßzustellen, ist ja nichts Neues in diesem Haus.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die Anerkennung des menschengemachten Klimawandels ist für diese Partei, für diese Fraktion eine Provokation. Erneuerbare Energien sind für Sie ein Fremdwort. Überall da, wo es geht, versuchen Sie, sich dagegenzustemmen. Ihr Motto ist: einfach weitere fossile Energieträger ausgraben und verfeuern.

Meine Damen und Herren, das ist Politik von gestern. Mit der Abschaffung der Subventionen und des Förderprogramms von Land und Bund für die Wärmepumpe haben Sie sich ein neues Angriffsziel gesetzt. Herr Untrieser hat es gerade gesagt. Es war erst die Verteufelung der Windenergie, dann der Photo-

voltaik, und jetzt haben Sie sich die Wärmepumpen ausgesucht.

Es ist durchaus möglich und sinnvoll, dass man neue Technologien kritisiert. Das ist auch wichtig, weil sie dadurch vielleicht besser werden.

Doch lassen Sie sich, meine Damen und Herren, keinen Bären aufbinden. Denn klar ist für uns alle, dass der Einsatz von Wärmepumpen nur ein Bestandteil von vielen ist. Die AfD weiß das auch ganz genau, aber versucht, es hier anders darzustellen. Die Wärmepumpen brauchen wir nämlich, um die Gebäude energieeffizienter zu machen. Etwa 14 % der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland stammen tatsächlich aus dem Gebäudesektor.

Die Anschaffung von Wärmepumpen ist zwar teuer, und eine Wärmepumpe kann auch etwas lauter sein. Aber sie ist eine richtige und nachhaltige Lösung und eine Alternative zu Öl- und Gasheizungen. Auch die Versorgungssicherheit ist ein positiver Aspekt, weil Wärmepumpen natürlich unabhängiger von Gas und Öl machen.

Wir haben noch keine wirkliche Knappheit. Aber wir wollen vor allem aus geostrategischen Gründen mehr Energieunabhängigkeit. Allerdings ist Gas nach wie vor als Brückentechnologie wichtig. Außerdem ist es für den Wärmegebrauch und für die Industrie unverzichtbar. Hier setzen wir aber auch ein Stück weit auf LNG.

Der Krieg in der Ukraine hat uns vor Augen geführt, dass die Energieversorgung nicht einfach wie bisher weiterlaufen kann. Jeder und jede von uns wird das auf irgendeine Art und Weise zu spüren bekommen.

Deswegen hat die Bundesregierung im März 2022 weitreichende Maßnahmen zur Energiesicherung und zur Entlastung beschlossen. Weitere Maßnahmen werden folgen. Die energetische Sanierung der Gebäude ist dabei nur ein wichtiger Faktor.

Statt wie die AfD nach dem Ende der Subventionen zu schreien, wollen wir einen Wandel gestalten. Als Beispiel nenne ich „InnovationCity Ruhr, Modellstadt Bottrop“. Dort sieht man ganz konkret, wie eine Kommune die Zukunft mit erneuerbaren Energien gestalten und auch davon profitieren kann. Wir als Fraktion würden gerne einen Klima-Masterplan mit weiteren 1.000 Quartieren auf den Weg bringen. Eine von uns in Auftrag gegebene Potenzialstudie zeigt, dass man tatsächlich 23.000 Arbeitsplätze generieren und etwa 2,5 % der Treibhausgasemissionen in Nordrhein-Westfalen reduzieren kann, wenn man so wie Bottrop arbeitet.

Das Besondere an diesem Projekt sind die direkte Ansprache und die individuelle Betreuung der Menschen. Man setzt hier nicht auf den Top-Energiestandard, sondern will möglichst viele Menschen erreichen und nimmt daher das Optimum aus Effekt und Kosten.

Eines ist klar: Der zukunftsfähige Umbau unserer Energieversorgung gelingt nur, wenn wir verschiedene Maßnahmen sehen und uns mit Alternativen auseinandersetzen, die wir dann auch umsetzen.

Alles, was den Klimaschutz angeht, pauschal abzulehnen, wie das die AfD immer wieder tut, ist nicht der richtige Weg und bringt uns keinen Schritt weiter.

Sie haben in diesem Plenum leider erneut bewiesen, dass alles, was von Ihnen kommt, heiße Luft ist. Ihren Antrag werden wir daher ablehnen. Wir hoffen, dass wir solche Anträge nach dem 15. Mai 2022 nicht mehr bearbeiten müssen. – Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Baran. – Für die FDP-Fraktion hat als nächster Redner Herr Kollege Terhaag das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Andreas Terhaag¹⁾ (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD verfolgt die irrije These, dass Wärmepumpen keinen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz leisten. Dafür werden sechs Behauptungen aufgestellt:

1. Wärmepumpen leisten keinen Beitrag für eine CO₂-Reduzierung;
2. der von der Bundesregierung geplante Wärmepumpenausbau steht in keinem Verhältnis zu der künftig notwendigen Kraftwerkskapazität;
3. Wärmepumpen wirken sich negativ auf die Versorgungssicherheit Deutschlands aus;
4. die Anschaffungskosten von Wärmepumpen stehen aus volkswirtschaftlicher Sicht in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen;
5. der Wärmepumpenbetrieb ist auf Grund der gestiegenen Stromkosten mit hohen finanziellen Aufwendungen für die Betreiber verbunden;
6. Wärmepumpen erzeugen Lärmbelästigungen, die die menschliche Gesundheit nachhaltig beeinträchtigen können.“

Aufgrund dieser Behauptungen sollen die Subventionierungen und sämtliche sonstigen Förderprogramme mit sofortiger Wirkung beendet werden.

Wenn man sich im Antrag dann einmal anschaut, wen die AfD für ihre irrije These als Experten heranzieht, findet man zum Beispiel einen Fachanwalt, der Tipps gibt, wie man seinen Nachbarn anzeigen kann,

damit dieser einen dann vertreten kann. Das sind die sogenannten Experten der AfD.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Behauptungen stehen also nicht nur auf einem insgesamt wackligen Fundament, sondern lassen sich sowohl wissenschaftlich als auch in der Praxis widerlegen.

Das renommierte Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme hat zu Recht nachgewiesen, dass Wärmepumpen im Energiesystem der Zukunft eine Schlüsselrolle einnehmen, um die Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor zu senken. Denn die Anwendung von Wärmepumpen ist heute sehr vielfältig – vom Neubau über den Altbau bis hin zur Modernisierung von Ein- und Mehrfamilienhäusern oder ganzen Quartieren. Wärmepumpen können effizient und zuverlässig für eine gute Temperierung sorgen und dabei nicht nur heizen, sondern, wenn gewollt, auch kühlen.

Dabei ist nicht nur der private Wohnsektor von Belang. Auch in der Industrie finden moderne Wärmepumpen ihren Einsatz. Mit Hochtemperaturwärmepumpen mit bis zu 160 Grad Celsius können Produktionsprozesse versorgt werden. Mit Wärmepumpen lässt sich der Stromverbrauch flexibilisieren, womit sich Stromnetze stabilisieren lassen. Damit leisten Wärmepumpen sowohl in der Theorie als auch in der Praxis einen ganz erheblichen Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen in der Zukunft.

Natürlich verbrauchen Wärmepumpen Strom, und selbstverständlich steigt der Strombedarf insgesamt, wenn man heute zusätzlich Millionen Wärmepumpen ans Netz bringt. Infolgedessen sehen wir natürlich auch eine Stromlücke, die geschlossen werden müsste.

Während für die kreativlose und technologiefeindliche AfD Wärmepumpen hiermit schon als Heizalternative wegfallen, erkennen wir Chancen für mehr Fortschritt.

Lücken in der Energiewendeplanung wurden in der Vergangenheit immer mit dem Erfindungsreichtum der Ingenieurskunst beantwortet. Um im Zeitraum des Energieverbrauchs von Wärmepumpen auch Energie aus regenerativen Quellen zur Verfügung zu stellen, müssen neue und vor allen Dingen innovative Wege beschritten werden.

Ein Schlagwort lautet hier „Speichertechnologie“. Die von Photovoltaik- und Windenergieanlagen erzeugte Energie soll künftig in Großspeichern gespeichert werden, um überschüssigen Strom zu sichern. Der Maschinenbauer MAN sowie die RWTH Aachen forschen und arbeiten bereits an thermischen Großspeichern. Diese Speicher funktionieren wie eine Mischung aus Wärmepumpe, Kühlschrank und Kraftwerk, nur eben in viel größerer Form. Die Pilotanlage dazu entsteht hier um die Ecke, nämlich in Aachen.

Mithilfe solcher Kreativität und Innovation werden die Energie- und damit verbunden auch die Heizversorgung langfristig gedeckt werden können. Strom-, Wärme- und Kälteversorgung werden in diesem Projekt miteinander gekoppelt. Thermische Großspeicher können bei der Versorgung ganzer Quartiere oder Industriebetriebe helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Energieerzeugung und thermische Versorgung müssen ohnehin in neuen Wegen gedacht werden. Wir müssen weg vom Gedanken „wenige Großherzeuger, viele Abnehmer“. Die Zukunft des Energiesystems werden dezentrale Energieerzeugung, flexible Netze und intelligente Steuerung sein. So ist dies auch im privaten Sektor mit der Wärmepumpe, die häufig in Kombination mit einer Solaranlage und einem Speicher verbaut wird.

Wärmepumpen entwickeln sich zudem in ihrer Technologie immer weiter. Sie werden effizienter und arbeiten störungsfreier und ruhiger. Vor allem werden auch die Kosten für die Verbraucher bei Anschaffung und Einbau sinken. Wenn wir der Marktwirtschaft und Innovation eine Chance geben, werden wir davon profitieren. Aber was versteht die AfD schon von Innovation?

Die Freien Demokraten werden auch weiter für eine marktwirtschaftliche Energiewende werben. Wir sehen Wärmepumpen als einen wesentlichen Faktor dazu an.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Fördermaßnahmen für den Ausbau von Wärmepumpen sind daher weiterhin richtig und wichtig. Allerdings müssen diese selbstverständlich regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüft werden.

Wir setzen uns darüber hinaus für bessere Regularien für Speicher ein. Die Energiespeicherung sollte als vierte Säule im Versorgungssystem neben Erzeugung, Transport und Verbrauch verankert sein.

Den Antrag der AfD hingegen lehnen wir ab. Dieser ist – wie immer – sinnlose Nostalgiepolitik, einzuordnen unter dem Titel „Energiepolitik aus der Mottenkiste von Opa Hoppenstedt“.

(Vereinzelter Beifall von der FDP)

Umwelt- und Klimaschutz sowie innovative Energiepolitik sind jedenfalls in der AfD völlige Fehlanzeige. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Terhaag. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Kollegin Brems das Wort.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Man sollte ja meinen, dass seit dem bestialischen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auch die Letzten hier verstanden haben, dass wir uns schnellstmöglich aus dem Klammergriff der fossilen Energien befreien müssen. Aber nein, die Putin-Freunde der AfD verteufern heute mal wieder pauschal alle Technologien, die die Abhängigkeit von Kohle, Öl und Gas reduzieren könnten – und wie immer mit absurden Argumenten. Auch hier gilt wie so oft: Nichts von dem, was die AfD schreibt oder heute hier sagt, ist wahr.

(Zuruf von der AfD: Oh!

Ich nutze die Chance, um über die Vorteile von Wärmepumpen zu sprechen. Diese Technologie ermöglicht es uns, Strom, der schon in wenigen Jahren weitgehend aus erneuerbaren Energien und damit klimaneutral sein wird, auch für die Wärmeversorgung zu nutzen.

(Zuruf von der AfD)

So können wir dort Öl und Gas ersetzen. Wärmepumpen schaffen es, 1 Kilowattstunde Strom in 2 bis 4 Kilowattstunden Wärme umzuwandeln. Damit sind Wärmepumpen schon heute wirtschaftlich gegenüber Erdgasheizung und auch im Neubau Standard.

Bis vor wenigen Jahren galten Wärmepumpen nur als Option für den Neubau mit Fußbodenheizung. Mittlerweile ist aber aus vielfacher Praxis bestätigt, dass sie auch im Bestand eine klimaschonende und zugleich wirtschaftlich vernünftige Lösung sind. Länder wie Dänemark machen vor, dass Großwärmepumpen auch eine Option für die Fernwärmesysteme sein können.

Der jüngste IPCC-Bericht macht unmissverständlich deutlich, ein „Weiter so!“ führt uns in die Katastrophe. Es braucht also einen konsequenten und schnellstmöglichen Umstieg auf eine klimaneutrale Energieversorgung, auch und gerade im Wärmesektor. Wärmepumpen sind dafür ein wichtiger Bestandteil und Baustein. Jede Wärmepumpe verringert unsere Abhängigkeit von Diktatoren und Autokraten. Jede Wärmepumpe ...

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Ich sage Ihnen eins, sehr geehrte AfD: Jede Wärmepumpe hat mehr Zukunft, mehr energetisches Potenzial und mehr Wärme als die ganze AfD zusammen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Beitrag von elektrischen Wärmepumpen für eine CO₂-Reduzierung liegt maßgeblich an dem CO₂-Emissionsfaktor des Strommixes. Dieser wird durch den fortschreitenden und von der Landesregierung weiter vorangetriebenen Ausbau der erneuerbaren Energien reduziert. Somit wächst auch der Beitrag der elektrischen Wärmepumpen an der von uns allen angestrebten CO₂-Reduzierung stetig an.

Wärmepumpen werden nicht die alleinige Lösung für die Wärmeversorgung im Energiesystem der Zukunft sein, sie sind aber ein ganz zentraler Teil der Lösung auf dem Weg zur Klimaneutralität. Sowohl der Zu- und Ausbau regenerativer Energieträger als auch die Bereitstellung gesicherter Kraftwerksleistungen werden in Zukunft weiter vorangetrieben. Dies hat sich die Landesregierung in ihrer Energieversorgungsstrategie zum Ziel gestellt.

Dort ist ebenfalls der Ausgleich der Residuallast durch Wasserstoff-Gas-Kraftwerke adressiert.

(Christian Loose [AfD]: Aha!)

Entsprechende konventionelle Kraftwerksreserven werden bis zur kompletten Umstellung des Energieversorgungssystems auf regenerativ gewandelte Energien gesicherte Kraftwerksleistungen bereitstellen.

Die Versorgungssicherheit des Energiesystems in Deutschland wird künftig zu einem hohen Grad von seiner Flexibilität abhängig sein. In Verbindung mit Speichern bieten Wärmepumpen ein hohes Maß an Flexibilität für das Energiesystem der Zukunft. Das Klimaschutzziel, bis 2045 hier in Nordrhein-Westfalen klimaneutral leben, arbeiten und sich bewegen zu wollen, gleichzeitig das Emissionsziel von minus 65 % gegenüber 1990 bis 2030 zu erreichen, ist technisch und wirtschaftlich im Rahmen der normalen Investitionszyklen realisierbar. Dazu gehört neben dem erheblichen Ausbau der erneuerbaren Energien auch die Installation von Wärmepumpen, die den entscheidenden Beitrag bei der Wärmewende im Gebäudesektor erbringen.

Aufgrund der aktuellen starken Preissteigerung auf dem Energiemarkt nehmen die Betriebskosten für die Gebäudewärme im Allgemeinen zu. Wir haben das hier schon wiederholt diskutiert. Der Ausbau der erneuerbaren Energien im Verbund mit dem Einsatz von Wärmepumpen hilft uns dabei, die Importabhängigkeit und die Kosten für den Energiebezug zu senken. Im Übrigen bieten zahlreiche Energieversorger attraktive Wärmepumpentarife für Privatkunden an.

Für den Schutz vor Lärm gibt es einschlägige Normen und rechtliche Vorschriften, in denen Grenzwerte für Schallimmissionen definiert sind. Heizungsanlagen und Wärmepumpen sind in der DIN 4109

geregelt. Auftretende tieffrequente Geräusche werden gesondert in der DIN 45680 reguliert.

Bei sachgerechter Planung und nach dem Stand der Technik, dem fachkundig ausgeführtem Einbau und Wartung ist die Einhaltung der Grenzwerte gewährleistet.

Sie sehen, die Landesregierung hält die Wärmepumpen für einen ganz wichtigen Teil der vor uns liegenden und zu gestaltenden Energiewende. Und wenn der Einbau auch staatlich gefördert wird, ist das sicherlich auch ein ganz wichtiger Beitrag, um die energetische wie politische Unabhängigkeit zu stärken und die Verbraucherinnen und Verbraucher beim Umbau hin zu klimaneutraler Energieversorgung sachgerecht zu unterstützen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir – wie von den Antragstellern beantragt – zur direkten Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/16914 kommen können.

Ich darf fragen, wer dem Inhalt zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Die sehe ich bei den Abgeordneten von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht erkennbar. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/16914 abgelehnt** wurde.

(Zuruf von der AfD: Ah!)

Wir kommen damit zu:

7 Nordrhein-westfälisches Denkmalschutzgesetz (Denkmalschutzgesetz – DSchG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16518

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16999

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Heimat, Kommunales,
Bauen und Wohnen
Drucksache 17/16947

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/17007

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und darf für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Kollegen Schruppf das Wort geben.

Fabian Schruppf (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute geben wir uns ein modernes und zukunftsgerichtetes Denkmalschutzgesetz. Das ist konsequent, denn bereits direkt nach Regierungsübernahme haben wir den Denkmalschutz in unserem Land gestärkt.

(Beifall von der CDU und Stephen Paul [FDP])

In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 90.000 Bau- und Bodendenkmäler. Gut 80 % davon befinden sich im Eigentum privater Eigentümerinnen und Eigentümer. Diese entscheiden sich in der Regel ganz bewusst und mit ganzem Herzen für ein Denkmal. Dadurch sichern sie unser bauhistorisches und kulturelles Erbe für die Allgemeinheit, und deshalb verdienen sie unsere volle Unterstützung.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Genau das haben wir getan. Lag die finanzielle Unterstützung privater Denkmaleigentümer im letzten rot-grünen Haushalt bei lediglich 1,7 Millionen Euro, so beträgt sie für das Jahr 2022 stolze 40 Millionen Euro. So geht richtiger Denkmalschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der CDU und Stephen Paul [FDP])

Zum vorliegenden Gesetzentwurf nun ein kurzer Rückblick, denn kaum ein Gesetzentwurf wurde in dieser Legislaturperiode so ausführlich diskutiert: Nach Vorliegen der noch von der rot-grünen Vorgängerregierung beauftragten Evaluation des Denkmalschutzgesetzes, die übrigens viele beteiligte, nur nicht die Denkmaleigentümerinnen und -eigentümer, haben wir dann im Jahr 2018 unseren Antrag „Starke Denkmalpflege – starke Heimat!“ beschlossen. Dieser bat die Landesregierung, eine Reform des Denkmalschutzes vorzulegen.

Es gab zwei Referentenentwürfe, zu denen jeweils Verbändeanhörungen mit über 200 Stellungnahmen stattgefunden haben. Es gab zu unserem Antrag und zu dem Gesetzentwurf ausführliche Debatten im Ausschuss und mehrere Anhörungen, eine davon war eine der größten während der gesamten Legislaturperiode. Dann haben die Grünen leider im Jahr 2020 mit einem eigenen Gesetzentwurf den Weg zu einer gemeinsamen Vorgehensweise verlassen. Vor diesem Hintergrund ist der im Vorfeld gemachte Oppositionsvorwurf des Durchpeitschens oder, Herr Remmel, des Übers-Knie-Brechens, schlichtweg Unfug.

(Beifall von der CDU und Stephen Paul [FDP])

Unsere Ministerin hat den Gesetzentwurf mit den völlig richtigen Worten vorgestellt: Das Beste, was einem